



Sozialdemokratische Fraktion
im Bezirksausschuss 21
Pasing-Obermenzing



Antrag an den BA 21 Pasing-Obermenzing für die Sitzung am 08.01.2013

Aufruf an die Bürger des BA 21, das Volksbegehren „NEIN zu Studienbeiträgen in Bayern“ durch eine Unterschrift zu unterstützen

Antrag:

Der Bezirksausschuss 21 (Pasing /Obermenzing) ruft seine Bürgerinnen und Bürger dazu auf, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen und sich in die Eintragungslisten für das Volksbegehren „NEIN zu Studienbeiträgen in Bayern“ einzutragen.

Er weist darauf hin, dass vom 17.01.2013 bis 30.01.2013 alle wahlberechtigten Bürger aufgerufen sind, sich für das Volksbegehren einzutragen und sich an der direkten Demokratie zu beteiligen. Eintragungslisten liegen in dieser Zeit im Pasinger Rathaus aus.

Er möchte daran erinnern, dass das Volksbegehren nur dann erfolgreich ist, wenn sich mindestens 10% der Wahlberechtigten für das Volksbegehren eintragen.

Begründung:

Schon seit ihrer Einführung in Bayern sind Studiengebühren höchst umstritten, aus sozialen, ökonomischen, rechtlichen und demokratischen Gründen.

Bayern ist mittlerweile neben Niedersachsen das einzige Bundesland, das noch Studiengebühren erhebt.

Auch in Pasing/Obermenzing sind viele Studierende und deren Familien durch Studiengebühren finanziell stark belastet, zusätzlich zu den vielen anderen Kosten für ein Studium. Viele von Ihnen wollen und müssen auch an den Universitäten in München (TUM, LMU) studieren, dort sind die Studiengebühren mit ca. 500 € pro Semester besonders hoch.

Darüber hinaus sollen möglichst alle jungen Menschen dieselben Chancen auf Zugang zu den Hochschulen erhalten, unabhängig von finanziellen Hintergründen und ohne die Notwendigkeit von Verschuldung.

Das Volksbegehren „NEIN zu Studienbeiträgen in Bayern“ spricht sich für die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren in Bayern aus und fordert weiterhin eine volle Kompensation der Finanzmittel durch den Staatshaushalt.

Das Volksbegehren gegen Studiengebühren ist vom bayerischen Verfassungsgericht Anfang Oktober für zulässig erklärt worden und wird vom 17. Januar bis 30. Januar 2013 stattfinden.

Richard Roth
Fraktionssprecher der SPD